

Zeitschrift: Gehörlosen-Zeitung
Herausgeber: Schweizerischer Verband für das Gehörlosenwesen
Band: 94 (2000)
Heft: 1

Artikel: Zwischen Anspruch und Realität
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-924387>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gehörlosen Zeitung

94. Jahrgang

Nr. 1
Januar 2000



Offizielles
Organ des
Schweizerischen
Gehörlosen-Sport-
verbandes (SGSV)

Herausgeber:
Schweizerischer
Verband für das
Gehörlosenwesen

ASKIO-Tagung in Zürich zum Thema «Schulische Integration» Zwischen Anspruch und Realität



Integration statt Segregation: Ein blindes Mädchen in einer Binniger Primarschule.

gg/Der von sieben Verbänden und Institutionen aus Behinderten-Selbsthilfe, Elternvereinigungen und Fachhilfe organisierten ASKIO-Tagung in Form eines Ideenmarktes war Anfang November 1999 im Zürcher Volkshaus grosser Erfolg beschieden. Über 400 Interessierte nahmen daran teil, Behinderte, Eltern behinderter Kinder, Lehrkräfte von Regel- und Sonderschulen, Behördenvertreter usw. Aus dem reichhaltigen Programm mit Kurzreferaten, Podiumsgesprächen und Dokumentarfilmen möchten wir das von drei Fachleuten beleuchtete

Thema «Blicke über die Grenzen» herausgreifen, welches Licht und Schatten offenbarte.

Die Integration behinderter Kinder in die Regelschule ist ein Thema, das in der Schweiz zunehmend an Aktualität gewinnt. Dies nicht zuletzt auf dem Hintergrund des Kampfes behinderter Menschen um ihre rechtliche und faktische Gleichstellung, die mit den Gleichstellungsbestimmungen in der neuen Bundesverfassung und mit der Einreichung einer Volksinitiative letztes Jahr zwei wichtige Zwischenziele erreicht hatte.

Blicke über die Grenzen

Das Interesse an der Integration widerspiegelte sich im grossen Aufmarsch an der ASKIO-Tagung vom vergangenen November. Über 400 Interessierte, Behinderte, Eltern behinderter Kinder, Lehrkräfte von Regel- und Sonderschulen, Behinderten-Fach- und Selbsthilfe, Vertreter von Behörden, Kantonen und Gemeinden usw. fanden sich im Zürcher Volkshaus an einer Tagung zusammen, die in der originellen Form eines Ideenmarktes konzipiert war. Aus dem reichhaltigen Angebot möchten wir drei Kurzreferate in den Vordergrund stellen, die unter dem

SVEHK- Tagung

Auseinandersetzung mit Gewalt, Mobbing und Drohungen

Seite 5

«Pro G»

Das neue Schulfach «Gehörlosenkultur»

Seite 7

Deutschland

Die Situation gehörloser Frauen

Seite 15

Sportseminar

Fragen zur Zukunft des SGSV

Seite 19



Dr. Judith Hollenweger (Mitte), Markus Zwicker (links) und Peter Wehrli (rechts) taten vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft «Blicke über die Grenzen».

Titel «Blicke über die Grenzen» unterschiedlichste Aspekte der Integration beleuchteten.

Integration nicht einziges Ziel

Mit «Blicke über die Grenzen» waren nicht nur die Stadt-, Kantons- oder Landesgrenzen gemeint, sondern auch die Grenzen, die uns hindern, von Anderen und Anderem zu lernen. Das Eigene und Bewährte wird oft als gut erachtet – eine Haltung, die Reformen erschwert.

Betrachtet man die statistischen Zahlen, die Dr. Judith Hollenweger vom Beratungsdienst für Studierende mit Behinderung der Universität Zürich aufzeigte, so stellt man beim prozentualen Anteil der Schülerschaft mit zusätzlicher Unterstützung in Sonderschulen, Sonderklassen und der Regelschule in verschiedenen Ländern der OECD grosse Unterschiede fest. Gehen in der Republik Tschechien 4,4% der Schülerinnen und Schüler in Sonderschulen, so sind es in Italien hundertmal weniger, besuchen in der Türkei 0,1% der Kinder Sonderklassen, so sind es in der Schweiz 45-mal mehr. Und der Anteil der Integrierten in Regelklassen? Da steht Irland mit 21,7% (Schätzung) an

der Spitze, gefolgt von Ungarn mit 12,3% und Finnland mit 11,3%. Die Zahlen lassen sich jedoch schlecht vergleichen, weil jedes Land andere Kriterien zur Identifizierung betroffener Kinder verwendet.

In den USA ist eine Identifikation von Lernbehinderten vermehrt in reichen Staaten zu verzeichnen, was zu grösseren Unterstützungsbeiträgen durch die Bundesregierung führt, aber in der Realität oft auch zu einer Ausgrenzung, derweil in der Dritten Welt in armen, ländlichen Gegenden die Politik der «Full Inclusion» leichter akzeptiert wird. Finanzierung und Identifizierung hängen somit oft eng zusammen und bestimmen, welche Kinder zusätzliche Ressourcen für ihre Ausbildung erhalten.

Judith Hollenweger stellte in der Folge die Kategorisierungen von Behinderungsarten vor: Körperbehinderung, Lernbehinderung, Fremdsprachigkeit, Verhaltensstörung, geistige Behinderung, Entwicklungsstörung, Gehörlosigkeit, besonderer Förderbedarf. Viele dieser Kategorien haben mit Bildungsfragen nicht viel zu tun, andere werden von der Schule selber generiert. Sie bilden somit keine sinnvolle Basis für die Einschätzung der beson-

deren Bedürfnisse der Kinder. Wörtlich sagte die Referentin: «Solange die in der Schule verwendeten Kategorisierungen von Behinderungen nicht fähig sind, sowohl die besonderen Bedürfnisse des Kindes als auch die Umweltbedingungen zu erfassen, haben wir kein wirksames Instrument, Integration für alle Kinder mit einer Behinderung gleichermassen zu fördern.»

Einige Kinder mit Behinderungen können den engen Zielvorstellungen der Leistungsgesellschaft nicht folgen. Hier gilt es, für sie und für andere Kinder bedeutungsvolle Ziele zu formulieren und in der Schule zu verfolgen. Folgende Bildungsergebnisse sind anzustreben: berufsrelevante Kompetenzen und Fertigkeiten, Wissen und Kommunikation, Gesundheit, Verantwortung und Unabhängigkeit, Wahrnehmen von Bürgerrechten und -pflichten, persönliches und soziales Wohl, Zufriedenheit.

Zwei weitere Punkte stellte Judith Hollenweger zur Diskussion. Zum Ersten darf die Integration in eine Schule nicht das einzig gedachte Ziel sein. Integration in andere Lebensbereiche wie etwa Freizeit, Gemeinde und Familie sind für die Entwicklung des Kindes ebenfalls bedeutsam. Des Weiteren muss bei allen entsprechenden Bemühungen die Perspektive des Übertritts in weiterführende Schulen, des Berufseinstiegs und eines selbstbestimmten Erwachsenenlebens mitgedacht werden.

Integration am Beispiel des Kantons Zürich

Markus Zwicker von der Bildungsdirektion des Kantons Zürich tat einen Blick in den Alltag. Was wird angeboten? Der bevölkerungsreichste Kanton der Schweiz führt als erstes Angebot die Stütz- und Fördermassnahmen an, die von

der Nachhilfe (Sprache usw.) bis zu den pädagogisch-erziehungstherapeutischen Massnahmen reichen. Ferner gibt es die Kleinklassen und die integrative Schulungsform – beide parallel geführt. Beinahe ein Viertel aller Primarschülerinnen und -schüler nimmt solche Hilfe in Anspruch. 6% der Kinder finden sich in Kleinklassen. Der Kanton verfügt über 100 Sonderschulen. Eines auf drei Kinder beansprucht besondere Massnahmen.

Nun kommt es aber zur Volksschulreform. Im Zuge dieser Reform wird auch das sonderpädagogische Angebot reorganisiert. Das Projekt RESA (Reorganisation des sonderpädagogischen Angebots) ist eines der 14 Teilprojekte der Schulreform. RESA schafft neue Möglichkeiten. So kann beispielsweise bei schwerer Legasthenie auf die Benotung verzichtet und damit der Druck auf Kind (und Lehrkraft) genommen werden. Dasselbe ist auch bei Krankheit oder Zuwanderung statthaft. Logopädie, psychomotorische Therapie, Psychotherapie, Einzelunterricht bieten weitere Hilfestellungen. Die Wahl von offenen Unterrichtsformen erlauben, die auf das Kind bezogenen methodischen und didaktischen Möglichkeiten auszuschöpfen. Lehrerinnen und Lehrer müssen aber unterstützt werden, um den Sonderansprüchen zu genügen.

1990 erklärte der damalige Erziehungsrat die integrative Schulungsform für Kinder mit Schulschwierigkeiten als gleichwertiges, alternatives Angebot zu den Kleinklassenangeboten. Durch die integrative Schulungsform sollen alle Schülerinnen und Schüler Gelegenheit haben, gemeinsam zu lernen und zu arbeiten. Im Kanton Zürich sind von 220 Gemeinden über 100 an diesem Projekt beteiligt. Es steckt im-



Mit Peter Wehrli kam ein Behinderter zu Wort, der kein Blatt vor den Mund nahm. Rechts im Bild die Gebärdensprachdolmetscherin Lilly Kahler.

mer noch in der Versuchsphase, die gesetzlichen Grundlagen fehlen.

Vier Gründe haben zur RESA geführt:

1. Die zu hohe Differenzierung der Angebote. Sie sind oft so differenziert, dass gewisse Kinder keinen Platz haben. Es bedarf daher breiter abgestützter Angebote, generalistischer ausgerichtet.

2. Zu viel wird bei Problemkindern an Spezialistinnen und Spezialisten delegiert. Damit gehen Wissen und Erfahrung, die in der Volksschule vorhanden sind, verloren.

3. Kategorisierung und Etikettierung von Kindern, ohne zuerst zu fragen, was das Kind braucht.

4. Finanzen – das sonderpädagogische Angebot im Kanton wird immer teurer.

Das neue Modell bringt mit der integrativen Förderung im Schulhaus eine Stärkung der Volksschule. Jeder Schule steht eine Heilpädagogin oder ein Heilpädagoge zur Verfügung.

Ein weiteres Ziel ist die Verringerung der Anzahl Kleinklassen und Sonderschulen, also Straffung der Angebote. Jede Gemeinde ist zu einem Mindestangebot verpflichtet.

«Und zum Schluss noch eine neue Art von Finanzierung»,

betonte Markus Zwicker, «über Schülerpauschalen und nicht über verschiedene Arten von Staatsbeiträgen, und diese Schülerpauschale soll sozial investiert werden. Gemeinden, die eine höhere Belastung haben, werden mehr Geld für ihre sonderpädagogischen Aufwendungen bekommen.»

Im Reiche der Blinden ist der Einäugige ...

Mit Peter Wehrli, Leiter des Zentrums für Selbstbestimmtes Leben (Zürich), kam ein Behinderter zu Wort. Seine Ausführungen enthielten jene Prise Ironie, die Kurzreferate pikant machen.

Der Referent stellte eingangs eine Prüfungsfrage: «Im Lande der Blinden ist der Einäugige ...?» Alle, die mit «König» antworteten, galten als durchgefallen.

«Dieser Spruch», präzierte Peter Wehrli, «ist eine typische Fantasie von Sehenden, die sich nicht vorstellen können, dass jemand, der nicht sieht, durchaus sein Leben meistern kann, und darum meinen, schon ein Auge genüge, um einen Anspruch auf den Königsplatz zu haben.» Für Peter Wehrli wäre dieser Einäugige in der Psychiatrie. Denn wer täglich erlebe, wie der Begriff «Behinderung» die Aus-



Die Zuhörerschaft hatte allen Grund zur Nachdenklichkeit.

sonderung und Diskriminierung fördere, anstatt zur Integration zu führen, könne sich einen königlichen Einäugigen unter Blinden nicht vorstellen.

Die Zuhörenden hatten sich noch nicht erholt, als der Sprechende zum zweiten Schlag ausholte: «Es gibt sehr viele Menschen, die als Behinderte behandelt werden, und der einzige Weg, wie man über sie sprechen kann, ist der, dass man sie über sich selbst sprechen lässt. Das ist unsere zentrale Forderung, dass die Behinderten über sich selber sprechen.»

Damit waren erste Grenzen sichtbar geworden. Peter Wehrli verwies aber noch auf weitere Grenzen, unter anderem auf die Grenzen der Kraft. Damit meinte er die Kraft, die Eltern brauchen, wenn sie beispielsweise ein schwerbehindertes Kind pflegen, um ihm ein einigermaßen anständiges Leben zu ermöglichen und selber zu überleben. Und der Referent stigmatisierte in diesem Zusammenhang die Ungerechtigkeit in der Verteilung der Gelder. Gewisse Institutionen können für die Pflege in einem Heim pro Tag zwischen 200 und 700 Franken (!) verrechnen, derweil sich Eltern mit einem Ansatz von 30 Franken täglich zufrieden geben müssen.

Peter Wehrli stellt die Anstrengungen, wie sie der Kanton Zürich beispielsweise unternimmt, um Kinder besser zu integrieren, nicht in Abrede. Für ihn ist aber das hohe Lob, das Eltern gegenwärtig von rechten wie linken politischen Parteien erhalten, verdächtig. Es laufe nämlich nur darauf hinaus, diesen Eltern noch mehr Verantwortung aufzubürden, um Geld zu sparen.

Der Referent flocht anschliessend in seine Ausführungen einen Gedanken, der das Publikum besonders aufhorchen liess: «Ich möchte noch auf eine andere Grenze der Kraft zu sprechen kommen, und das ist die Grenze der Kraft der Behinderten selbst. Es ist für die meisten Leute schlicht unvorstellbar, welche Kräfte ein behindertes Kind aufbringt, um normal zu sein. Um so zu tun, als ob es normal wäre, weil es spürt, nur wenn ich mich so gebe, wie wenn ich normal wäre, werde ich akzeptiert. Wie unheimlich viel Kraft so ein Kind Tag für Tag einsetzt, um seine Umgebung zu beruhigen und immer wieder zu sagen, ich kann das schon, lasst mich nur, es geht. Ihr kennt das alle von behinderten Menschen. Das hat vor allem damit zu tun, weil wir spüren, dass unsere Umgebung mit dem Schmerz, mit der Hoff-

nungslosigkeit selbst nicht zu Rande kommt, und wenn wir unseren Schmerz äussern, selber nicht weiter weiss.»

Von einer jüngsten Amerikareise nimmt der Referent die Erkenntnis nach Hause, dass reiche Länder gut dotierte Institutionen haben, was aber die Integration nicht automatisch fördert. Und er warnte: «Wenn Kinder in Schulen aufwachsen, wo keine Kranken und Behinderten zugelassen sind, stehlen wir ihnen einen ganz wichtigen Teil der Lebenserfahrung. Wir belügen sie. Diese Kinder werden später zu Arbeitgebern, zu Mitarbeitern, zu Lehrern und haben keine Ahnung, wie mit Behinderung umgehen. Nicht nur mit der Behinderung der andern, sondern mit der Angst vor der Behinderung in ihnen selbst.»

Abschliessend stellte sich für Peter Wehrli die Frage, wie Behinderte ermuntert werden, sich zu integrieren. Gibt es in der Gesellschaft überhaupt Kräfte, die die Eltern unterstützen? Vor allem – anstelle von guten Worten – mit Geld. Gibt es Kräfte oder müssen die Behinderten ständig dafür kämpfen, überhaupt einmal einigermaßen gleiche Bedingungen zu haben?

Diese Frage blieb unbeantwortet im Raum.